



Mit Technik

Showtraining mit Judoka
Annett Böhm Seite 17

Mit Volldampf

Saisonstart bei der
Kohlebahn Seite 15



OSTERLÄNDER VOLKSZEITUNG

STANDPUNKT

Von Jörg Reuter

Anstrengen lohnt sich wieder



Jeder Regelschul-Abgänger hat die Möglichkeit auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz. Das sind wahrlich gute Nachrichten aus Meuselwitz. Es ist noch gar nicht lange her, da herrschte im Altenburger Land akuter Lehrstellenmangel. Einrichtungen wie das MBZ fingen die Jugendlichen in überbetrieblichen Ausbildungsverhältnissen auf, über deren Sinn sich schon damals streiten ließ. Nichtsdestotrotz reichten noch nicht einmal diese Lehrstellen für alle.

Motivierend haben solche Aussichten auf die Schüler nicht gewirkt. Nach dem Motto, das bringt alles sowieso nix, ließ es sich gut dahinter verstecken. Diese Null-Bock-Mentalität zählt nicht mehr. Wer jetzt auf der Strecke bleibt, ist selbst schuld. Wer sich aber anstrengt, dem stehen viele Wege offen.

Für besorgte Eltern hat sich ebenso der Druck verringert. Nicht allein der Weg über das Abitur führt zu einem guten Job. Ein passabler Abschluss an der Regelschule lohnt sich ebenso und ist allemal besser, als am Gymnasium zu scheitern. ▶ Bericht Seite 15

@altenburg.redaktion@lvz.de



Alt für Neu: Nach diesem Motto sollten Gelder zum Abriss des maroden Gebäudes Johannistorstadt 9 (l.) zugunsten des denkmalgeschützten Hauses Bei der Brüderkirche 9 umgeschichtet werden. Als das der Stadtrat beschloss, zog der OB den Haushalt zurück. Im neuen Etatentwurf sind beide Projekte berücksichtigt. Fotos: Mario Jahn

„Dann soll es gefälligst so sein“

Altenburgs OB Michael Wolf über die Rettung des Haushalts, taktische Spielchen und Wahlkampf

Altenburg. Eigentlich ist der Stadtratsbeschluss zur Umschichtung von Geldern für das Areal am Markt hinfällig, weil OB Michael Wolf seinen Haushalt zurückzog. Doch der SPD-Politiker legt einen eigenen Vorschlag vor, wie die Umschichtung funktionieren könnte – obwohl er sie persönlich für falsch hält.

OVZ: Am Donnerstagabend haben Sie in wenigen Minuten die Arbeit von Monaten vom Tisch geräumt. Wie fühlt man sich da?

Michael Wolf: Ich habe manchmal den Eindruck, dass taktische Spiele von einzelnen Stadträten eine höhere Priorität haben als eine seriöse, auf einer ordentlichen Finanzierungsbasis aufgemachte Haushaltsplanung. In den vergangenen zwei Monaten wurde der Haushalt mit den Stadträten intensiv diskutiert. In jeder Sitzung habe ich gebetsmühlenartig gefragt, ob es Änderungswünsche und Anträge gibt. Es kam überhaupt nichts. Wenn dann drei Stunden vor einer Stadtratssitzung in einer Blitzaktion Anträge eingereicht werden, die teilweise die eigenen Fraktionskollegen nicht kennen, bin ich schon sehr verwundert. Und der Einreicher muss sich die Frage gefallen lassen, ob er mit dieser Kurzfristigkeit bezweckt hat, uns auf dem falschen Fuß zu erwischen? Das ist ihm leidlich gelungen. Wir können keinen Haushalt beschließen, der finanziell nicht mehr ausgeglichen ist, deshalb habe ich ihn zurückgezogen. Da war kein Konsens zu finden an diesem Abend, aus verschiedenen emotionalen Gründen heraus. Da bleibt mir nichts anderes übrig. Ich bedauere das sehr, aber es war letztendlich wahrscheinlich auch so gewollt.

Aus welchen sachlichen Gründen mussten sie zurückziehen?

Ich musste zurückziehen, weil durch diesen Änderungsantrag zwei wichtige Maßnahmen in der Johannisstraße gestrichen und gleichzeitig die freiwerdenden Mittel zum Areal am Markt umgeleitet werden sollten. Das Problem war nur, dass für das Areal am Markt ein gemeindlicher Miteilsungsanteil von rund 170 000 Euro notwendig ist, die freiwerdenden Mittel aus der Johannisstraße aber nur 57 000 Euro ausmachen. Damit hatten wir ein Loch.

Der CDU-Antrag war also falsch berechnet?

Ich weiß nicht, ob die überhaupt gerechnet haben. Tatsache ist, dass wir für die Gebäude bei der Brüderkirche 9 und Klosterstraße 5 etwa 850 000 Euro brauchen. Wenn man die beiden Maßnahmen aus der Johannisstraße dagegen rechnet, kommt man nur auf einen Bruchteil.

Die CDU rechnet Fördermittel mit.

Das mache ich auch. Es ändert nur nichts an der Tatsache, dass der Freistaat 80 Prozent an Fördermitteln zur Verfügung stellen müsste. Wir brauchen für die beiden Häuser im Areal am Markt rund 850 000 Euro, nämlich 680 000 Euro Fördergelder und dazu noch mal 170 000 Euro gemeindlichen Miteilsungsanteil. Dieses Problem ist über die Johannisstraße nicht lösbar. Außerdem können wir nicht einfach in Erfurt über eine halbe Million mehr Fördermittel abfordern. Auch dafür gibt es Planungen.

Welche praktischen Auswirkungen hat der jetzt fehlende Haushalt?

Alle neuen Maßnahmen, für die es bisher keinen Haushaltsansatz gab, können noch nicht starten. Investitionsmaßnahmen wie den Wohnmobil-Stellplatz können wir nicht beginnen und Vereinszuschüsse nicht zahlen. Wir kommen außerdem in Zeitverzug, weil viele Maßnahmen auch einen Vorlauf brauchen und beispielsweise spätestens im Herbst fertig sein müssen.

Was passiert jetzt praktisch?

Ich habe noch am Freitag bis in den späten Nachmittag mit der Kämmerin zusammengesessen und nach Lösungen gesucht. Die Maßnahmen in der Johannisvorstadt müssen wir realisieren, dort gibt es eine konkrete Gefährdungssituation. Also mussten wir 170 000 Euro auftreiben. Und dafür sehe ich zurzeit nur eine einzige Möglichkeit, dass wir sie nämlich aus der Rücklage entnehmen. Dafür müssen wir in den Jahren 2012, 2013 die Gewerbesteuererhöhungen erhöhen. Wenn uns das allein durch die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung unserer Unternehmen gelingt, wäre es schön. Wenn nicht, müssten wir die Gewerbesteuererhöhungen erhöhen. Das wollte ich eigentlich bisher nicht tun. Aber irgendwo muss das Geld ja herkommen.

Das heißt, die Verwaltung macht jetzt einen Vorschlag, wie der Stadtratsbeschluss rechnerisch korrekt umgesetzt werden könnte? Obwohl dieser Beschluss nach dem Zurückziehen der gesamten Haushaltsvorlage formal gar nicht mehr existiert?

Das zum Haushalt gestellten Anträge sind rein formal tatsächlich nicht mehr gültig. Aber es ist doch niemandem geholfen, wenn wir einen nicht ausgeglichenen und nicht genehmigungsfähigen Haushalt beschließen. Alibi-Haushaltsstellen bringen auch nichts. Deswegen werbe ich dafür, die beiden Maßnahmen in der Johannisvorstadt doch zu machen, denn sie sind dringend nötig, und außerdem das Geld für die beiden Häuser im Areal am Markt aus der Rücklage in den Haushalt einstellen. Wenn die Mehrheit des Stadtrates das so will, soll es gefälligst so sein. Ich wäre kein Demokrat, wenn ich den politischen Willen nicht akzeptieren würde. Aber jeder politische Wille muss handwerklich sauber umgesetzt werden.

Über den Antrag der CDU, der von Linken und FDP unterstützt wurde, ist am Donnerstagabend lange diskutiert worden. Warum haben Sie und die SPD dabei das zugkräftigste Gegenargument nie benutzt? Dass nämlich mit der Annahme des Antrags der Etat nicht mehr ausgeglichen wäre und folglich zurückgezogen werden müsste?

Ich habe am Donnerstagabend sehr deutlich gesagt, dass die Idee unterfinanziert ist. Vielleicht hätte ich es verständlicher erklären müssen. Aber es ist eine Tatsache, dass das Geld nicht gereicht hat. Es war aber auf Teufel komm raus gewollt, dass der Antrag durchgesetzt wird. Obwohl eine Subventionierung des Areals am Markt mit Steuergeldern überhaupt nicht notwendig ist und der Erhalt der beiden Gebäude das Gesamtkonzept für das Marktareal zerstört und eine wirtschaftliche Umsetzung unmöglich macht.

Trotzdem, warum nicht vor der Abstimmung die einfache und klare Aussage, dass dann der Haushalt platzt?

Ich weiß, dass ich es gesagt habe und ich lasse mir da auch nichts einreden. Ich habe gesagt, dass die 57 000 nicht reichen und dass wir 170 000 brauchen. Die Konsequenz ist doch klar, wenn die Maßnahmen nicht ausfinanziert sind.

Häufig werfen Sie und die SPD jetzt dem CDU-Fraktionschef Peter Müller Profilierung und Wahlkampf vor. Machen Sie aber nicht gerade selbst Wahlkampf, wenn Sie alle politischen Vorwürfe auf ihren derzeit einzigen erkennbaren Herausforderer für die OB-Wahl 2012 konzentrieren?

Es bringt überhaupt nichts, in die Stigmatisierung von Entscheidungsträgern zu verfallen. Ich versuche, eine ehrliche, sachorientierte Kommunalpolitik zu machen, die auf die Bedürfnisse und Wünsche der Bevölkerung eingeht, die aber letztlich finanzierbar sein muss. Es gibt eine ganze Reihe von Entwicklungszielen, für die ich stehe. Ich habe von Peter Müller bis jetzt überhaupt keine Visionen gehört. Ich kenne sie nicht, er sagt sie auch nicht...

... Herr Stegmann von den Linken aber beispielsweise auch nicht.

Warum soll ich denn Herrn Stegmann angreifen? Warum soll ich mich denn mit jedem anlegen? Ich lege mich mit demjenigen an, der eigentlich den Keim für diese ganzen Dinge legt. Der diese Feuer schürt. Deswegen setze ich mich mit Peter Müller auseinander. Denn seine Politik, auf Verhinderung, auf Blockade aus ist, kann nicht Politik für diese Stadt sein. Leider Gottes hat er mit dem einen oder anderen Antrag Erfolg. Dann muss ich selbstkritisch zur Kenntnis nehmen, dass es mir nicht gelungen ist, rüberzubringen, was ich für die Entwicklung dieser Stadt tun will. Aber ich sage es noch einmal sehr deutlich: Die Alternative, die er bietet, bedeutet Stillstand. Und deshalb setze ich mich so intensiv mit ihm auseinander.

Auch in der erkennbaren Hoffnung, dass er CDU-intern kaltgestellt wird und Sie so einen leichteren Gegner bekommen?

Wenn Peter Müller Gegenkandidat sein will, muss er Antworten geben auf die Fragen, die diese Stadt bewegen. Ich höre diese Antworten nicht. Und da wird es langsam Zeit, dass er seine Visionen darstellt.

Hören Sie die denn von anderen?

Nein. Aber das ist doch nicht mein Problem.

Zurück zum Ausgangsthema. Wann wird Altenburg einen Haushalt haben?

Der Haushalt ist erneut ausgeglichen, natürlich mit all den dargestellten Problemen. Wenn alle jetzt vernünftig sind und es allen wirklich um die Sache geht, dann wird mein Vorschlag Konsens sein und der Haushalt so beschlossen werden. Auf der nächsten Stadtratssitzung am 28. April.

Interview: Günter Neumann

Bürgerinitiative Erfolgsmodell ohne LEG vorgestellt

Altenburg. Die Bürgerinitiative Zukunft für das Altenburger Land hat wichtige Schlüsse aus einem Besuch eines Wirtschaftsfachmannes des Kreises Teltow-Fläming gezogen. Unter dem Thema „Erfolgreiche Wirtschaftsförderung woanders“ war der Geschäftsführer der Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft (SWFG), Herbert Vogler, kürzlich Gast der Bürgerinitiative im Sudhaus der Brauerei Altenburg. Darüber informiert die Initiative in einer Pressemeldung.

Der Landkreis Teltow-Fläming gehört zu den erfolgreichsten Regionen in Ostdeutschland und habe nach einem starken Bevölkerungsrückgang einen Bevölkerungszuwachs von rund 11 000 Menschen der letzten 20 Jahre zu verzeichnen, heißt es in der Meldung. Der SWFG-Geschäftsführer aus Brandenburg berichtete über die Entwicklung seiner Gesellschaft, die dem Landkreis Teltow-Fläming gehört. Den Erfolg seines Landkreises und seiner Gesellschaft begründete Vogler damit, dass es Menschen gegeben hat, die Visionen hatten und bereit waren, Geld in ein Projekt zu investieren. Er sagte aber auch, dass man einen langen Atem haben muss und sich Investitionen erst nach vielen Jahren rechnen würden. Das Wichtigste sei der persönliche Kontakt der SWFG zum Investor, da diese mit der Region verwurzelt ist. Sobald ein Investor das Gefühl habe, nicht willkommen zu sein, werde er seine Investition woanders tätigen, sagte Vogler. Ein wichtiger Standortfaktor sei der Regionalflugplatz Schönhagen, der vom Landkreis jährlich mit einer Million Euro unterstützt wird.

Die Landesentwicklungsgesellschaft in Brandenburg wurde zwischenzeitlich abgewickelt. Einen Zusammenhang zwischen dem Erfolg seines Unternehmens und der Einstellung des Geschäftsbetriebs der LEG in Brandenburg wollte Vogler allerdings nicht herstellen.

Landrat Sieghard Rydzewski (parteilos) beklagte im Gespräch die unzureichende Unterstützung der LEG Thüringen für das Altenburger Land, die seit 1992 keine nennenswerten Unternehmensansiedlungen vor Ort veranlassen konnte, heißt es weiter. Rydzewski kündigte an, den Landkreis Teltow-Fläming zu besuchen, um die Struktur der SWFG näher kennenzulernen.

Klinikum 2010 weniger Abtreibungen

Altenburg. Die Anzahl der im Klinikum Altenburger Land vorgenommenen Abtreibungen hat abgenommen. Waren es 2009 noch 93, so wurden im vergangenen Jahr 61 Abbrüche gezählt. „Allerdings haben im letzten Jahr aus organisatorischen Gründen mehr Frauen aus Altenburg bei Gynäkologen im Landkreis abgetrieben“, sagte Christine Helbig vom Klinikum.

Thüringenweit wurden im vergangenen Jahr 3797 Schwangerschaftsabbrüche in Krankenhäusern und gynäkologischen Praxen durchgeführt. Das waren laut einer Mitteilung des Landesamtes für Statistik 56 Eingriffe beziehungsweise 1,5 Prozent weniger als im Jahr 2009. In Deutschland betrug der Rückgang 0,2 Prozent.

Die Pressesprecherin des Klinikums Altenburger Land sieht den landesweiten Trend auch in Altenburg bestätigt. Bereits von 2008 zu 2009 sei die Anzahl der Abtreibungen sukzessive von 99 auf 93 zurückgegangen. „Das liegt sicherlich daran, dass es immer weniger Frauen im gebärfähigen Alter in der Region gibt“, erklärte Christine Helbig. Von den 61 im vergangenen Jahr im Klinikum vorgenommenen Abtreibungen waren zwei Frauen unter 18 Jahre, 55 Frauen unter 40 Jahre und vier Frauen über 40 Jahre alt.

LESERMEINUNG

Erneuerbare Energien keine Preistreiber

Zur geplanten Strompreiserhöhung der Envia:

Ab 1. Mai verändert Envia wieder mal die Preise für Elektroenergie. Und die entsprechende Presseveröffentlichung vom 15. März in dieser Zeitung vermittelt den Eindruck, dass Strompreiserhöhungen prinzipiell dem Ausbau erneuerbarer Energien geschuldet sind. Das ist aber so nicht richtig. Ein Blick in die Vergangenheit kann hier aufklären. Vergleichen wir die angekündigten Preise ab 1. Mai 2011 mit denen zum Zeitpunkt der Euro-Umstellung am 1. Januar 2002. Für eine nachvollziehbare Gegenüberstellung wird von folgenden Modalitäten ausgegangen: Haushaltsbedarf: 3000 kWh/Jahr; Drehstrom-Eintarifzähler, ohne Schwachlastregelung, ohne Leistungs-

messung, ohne Stromsteuer, ohne Konzessionsabgabe (0,11 Cent/kWh), ohne Mehrwertsteuer. Während mithin der damalige Preis bei 13,53 Cent/kWh lag, wird er künftig bei 21,98 Cent/kWh liegen. Von dem Anstiegsbetrag von 8,45 Cent/kWh sind noch die Umlagen, die sich aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (3,53 Cent/kWh) und dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (0,03 Cent/kWh) ergeben, abzusetzen.

Also verbleibt für Stromlieferer/Netzbetreiber noch ein Plus von 4,89 Cent/kWh. Für besagten Zeitraum von 9,33 Jahren ergibt sich damit ein Plus von Steuern, Umlagen und Abgaben bereinigter Strompreisanstieg um 36,14 Prozent. Zum Vergleich: Bezogen auf den gleichen Zeitraum verändert sich für jeweils neu ans Netz

angeschlossene Windkraftanlagen die Einspeisevergütung von 9,10 auf 9,02 Cent/kWh – also ein Rückgang um 0,88 Prozent.

Fazit: Trotz Liberalisierung des Energiemarktes, die eigentlich dämpfend auf die Energiepreise wirken sollte, und trotz staatlich verordneter Steuern, Umlagen und Abgaben konnte die Stromwirtschaft dank ihres Netzmonopols dennoch „respektable“ Ertragszuwächse gegenüber ihren Kunden durchsetzen.

Hubertus Heitsch, Breesen

Leserbriefe sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die OVZ behält sich sinnwahrende Kürzungen vor. Anonyme Leserbriefe können nicht berücksichtigt werden.

Strom durch Sonne und Wind



Auf den ersten Blick ein Sonnenuntergang, auf den zweiten die Verbindung von Windkraft, Solar-Kraft und Strom-Trasse. Diese Kombination bannte Fotograf Jens Paul Taubert auf ein Bild, das von Altenburg aus in Richtung Rositz geschossen wurde.

POLIZEI-NACHRICHT

Parkplatz-Crash

Altenburg. 2000 Euro Schaden hat ein Unfall am Montag, 11.10 Uhr, in der Torgasse gefordert. Eine Autofahrerin achtete beim Rückwärtsfahren nicht auf den nachfolgenden Verkehr und stieß gegen einen VW Golf.